



## **STVV: 15.12.22 Top: 20 Haushalt Stadt Bensheim für 2023**

### **Rede: Doris Sterzelmaier**

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin Deppert,

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der von der Verwaltung und von der Bürgermeisterin vorgelegte Haushaltsentwurf 2023 war akzeptabel. Er sieht für das kommende Jahr keine Steuererhöhungen vor, obwohl diese im vergangenen Jahr vorgesehen waren. Er ist defizitär aber vor der Kommunalaufsicht genehmigungsfähig.

Es müssen keine Kredite aufgenommen werden und durch die Tilgung von Krediten gibt es auch keine Nettoneuverschuldung.

In den Jahren zuvor waren die Jahresabschlüsse der Haushalte sogar besser, als die Planung bei Beschluss des Haushaltes.

In den Jahren 2016 bis 2020 wurden Haushaltsüberschüsse über 23 Mio Euro erreicht. Damit konnten die Fehlbeträge, also die Defizite der Haushalte von 2008 bis 2014, ausgeglichen werden. Zum 31.12.21 bestand sogar eine Gewinnrücklage von 10,7 Mio Euro.

Durch diese Rücklagen gilt auch der jetzt vorgelegte Ergebnishaushalt für 2023 als ausgeglichen. Weiterhin hat die Stadt zum 1.1.23 eine Liquidität in Höhe von 35 Mio Euro, mit der vieles abgedeckt werden kann.

Wir Grüne hätten dem eingebrachten Haushaltsentwurf grundsätzlich so zustimmen können.

Wir wissen auch, die kommenden Jahre werden schwieriger und für 2024 ist im Entwurf eine Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer vorgesehen, die eigentlich schon 2023 kommen sollte. Ob diese wirklich 2024 kommt, wissen wir alle heute noch nicht, da dieser Haushalt erst Ende nächsten Jahres beschlossen wird.

Die Koalition will nun mit Ihrem Änderungsantrag auf die Gewerbesteuererhöhung ganz verzichten und nur die Grundsteuer erhöhen und dies 2025.

Schlecht ist, dass dies dann ausgerechnet in die Neuberechnung der Grundsteuer fällt, die mit der neuen Erhebung erstmals 2025 zu zahlen ist.

Nicht akzeptabel ist auch, dass Sie nur die Hausbesitzer und in Folge die Mieter damit belasten. Dies trifft ausgerechnet auch wieder die Bevölkerungsschichten, die derzeit mit den hohen Mieten zu kämpfen haben. Meist sind dies Familien.

Und die Grundsteuer wird nicht von einem Gewinn oder Überschuss berechnet, wie die Gewerbesteuer. Die Grundsteuer geht vom eh knappen Verfügbaren Einkommen noch ab. Aus unserer Sicht unsozial.

Schlecht an der Vorgehensweise der Koalition ist auch, dass uns droht, dass der Haushalt 2023 nicht genehmigt wird.

Die Koalition muss, weil sie auf die geplanten Gewerbesteuereinnahmen verzichten will,

diese an anderer Stelle kompensieren.

Und einiges an Ihrer Kompensation halten wir für kritisch und nicht akzeptabel.

Dabei hätten sie es, wie im Entwurf, einfach so lassen können. Ende 2023 wird ohnehin wieder neu über den Haushalt 2024 beraten. Dann haben wir aber alle die neuen Zahlen und können besser entscheiden.

Das wollen Sie aber nicht abwarten und lieber die Bürgerinnen und Bürger und hier vor allem die Familien heute schon zur Kasse bitten.

Dies ist genau unser Problem. Mit Ihren vielen Änderungen haben Sie dem Haushalt eine anderer Zielrichtung gegeben. Der Haushalt wird durch sie unsozialer und spart bei den Bestrebungen für mehr Klimaschutz.

Dies können wir Grüne nicht mittragen.

Sie haben schon zum 1.8.22 die Kita Gebühren angehoben um über 400.000,-- Euro pro Jahr. Jetzt wollen Sie für 2023 die Gebühren für die Nachmittagsschulkindbetreuung um 70.000,-- Euro anheben. Alles zu Lasten der Eltern. Und alles in diesem derzeitigen Krisenjahr. Dem werden wir nicht zustimmen.

Im November haben sie erst einige Gebühren bei der Bibliothek und im Parktheater erhöht.

Alle Erhöhungen belasten besonders die Familien. Gerade die Gruppe, die unter steigenden Energiepreisen, Inflation und hohen Mieten schon besonders betroffen ist. Gleichzeitig verzichtet Sie auf Einnahmen z.B. beim Bauprojekt in der Dammstraße. Hier werden über 120.000,-- Euro dem Investor an Infrastrukturabgabe erlassen, die für Kinderbetreuung verwendbar sind.

Das die SPD dies mitmacht, können wir gar nicht glauben. Wo ist ihr soziales Gewissen?

Die Stelle des Sozialpädagogen für die Jugendarbeit sollte erst gestrichen werden und bekommt jetzt einen Sperrvermerk. Ob sie den dann aufheben oder die Stelle nie besetzt wird? Wir sind gespannt. Vor allem die SPD wollte doch an den Ergebnissen der Jugendumfrage weiterarbeiten. Dies unterstützen wir und daher hätten wir keinen Sperrvermerk auf die Stelle gelegt.

All diese Belastungen sollen der Haushaltskonsolidierung dienen. Das was der Stadt empfohlen wurde, dass machen Sie nicht.

Von Experten mehrfach empfohlen wurde die Erhebung von Parkgebühren an öffentlichen Straßen der Innenstadt. Diese Einnahmen wollen Sie nicht.

Und noch schlimmer, wir hatten 2016 diese Gebühren mit Parkautomaten bereits eingeführt. Das haben Sie wieder gestrichen und verzichtet so auf jährlich 90.000,-- Euro Einnahmen für die Stadt.

Meine Damen und Herren,

Ein weiteres abenteuerliches Experiment wagt die Koalition mit der Stadt.

Sie will die Abwassergebühren mitten im Kalkulationszeitraum erhöhen. Letztes Jahr erst für 3 Jahre beschlossen, sollte dies den Bürgerinnen und Bürgern Planungssicherheit bis Ende 2024 geben. Wegen des in der Satzung festgelegten Anschluss- und Benutzungszwang betrifft dies alle Hauseigentümer und in der Folge die Mieter auf Grund der Umlage der Nebenkosten.

Die Verwaltung empfiehlt diese Gebührenerhöhung nicht vorzunehmen, weil ein Klagerisiko vor dem Verwaltungsgericht gegen die Stadt besteht. Der Magistrat hat die Erhöhung auch nicht beschlossen. Aber Sie als Koalition wollen es erzwingen und die Stadt dem Klagerisiko aussetzen und damit die Genehmigung des Haushalts gefährden.

Außerdem ist noch gar nicht geklärt, ob der KMB Energiekosten durch die Strom- und Gaspreisbremse erstattet bekommt. Am Ende sind die Kosten gar nicht so hoch und die Erhöhung gar nicht gerechtfertigt. Aber sie erhöhen jetzt schon die Gebühren und belasten die Bürger.

Sie wissen, die Gebühren werden sowieso nach den real angefallenen Kosten kalkuliert und dann ausgeglichen. Die Stadt zahlt nicht drauf, die echten Kosten werden immer über den Gebührenhaushalt umgelegt. Aber eben erst am Ende des Kalkulationszeitraumes und das ist am 31.12.24. So haben Sie es in der Satzung beschlossen.

Wir hätten den Bürgern die Gebührenerhöhung zum jetzigen Zeitpunkt gerne erspart.

### **Zum Thema Umwelt- und Klimaschutz.**

Hier streichen Sie beim Klimaförderprogramm von urspl. 200.000,-- Euro im Haushaltsentwurf jetzt 100.000,-- Euro.

Wir wollen doch, dass Bensheim klimaneutral wird, und dazu brauchen wir auch die Bürgerinnen und Bürger. Schon letztes Jahr waren die Fördermittel wegen großer Nachfrage im März aufgebraucht.

Die Verwaltung hat mehr Geld eingestellt, damit das nicht nochmal passiert.

Und was machen Sie? Streichen die Gelder um die Hälfte und machen den gleichen Fehler nochmal.

Und das neue Klimaprogramm gegen Hitzeentwicklung in der Stadt und für mehr Grün – Stichwort Schwammstadt- Diese 50.000,-- Euro haben sie gleich komplett gestrichen.

Die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit für Klimaschutz wollen Sie halbieren. Gerade jetzt bei der Energiekrise, wo es nötig wäre mehr zu beraten und mehr Bürger Fragen haben, streichen sie Gelder. Für uns eine falsche Entscheidung.

Auch kleine Aktionen, wie den neuen Umweltscout, der informieren und sensibilisieren soll gegen weitere Vermüllung den streichen sie und auch die beliebte Obstbaumaktion, die für blühende und bienenfreundliche Bäume in den Gärten unserer Stadt dienen soll, wird auch von Ihnen gestrichen.

Die vorsorgliche Kündigung des VRN Next-bike Radverleihsystems zum 1.1.26 halten wir auch für falsch. Es ist zu früh und ein falsches Signal nach draußen. Sie hätten sich besser erst mal um mögliche Alternativen bis 2026 gekümmert und diese vorgeschlagen. Wenn es bessere Angebote gibt, sind wir dafür auch zu haben. Aber doch nicht ersatzlos einfach mal 3 Jahre vorher kündigen.

Das was zukunftsgerichtet und aktuell nötig wäre, das machen Sie nicht.

Klimaschutz reduzieren, Mehrbelastungen für Familien dafür keine Gebühren für Parkplätze keine weitere Stelle für einen Hilfspolizisten, der den ruhenden Verkehr kontrolliert und als Ordnungshüter schnell kommt, wenn die Bürger ihn rufen. Keine Einsparungen bei Straßensanierungen – Das sind die neuen Kennzeichen ihres Haushaltes, die wir nicht mittragen können.

Diesen Haushalt, der jetzt ihre Handschrift trägt, diesen müssen sie selbst verantworten.

Wenn eine Klage gegen die Erhöhung der Abwassergebühr kommt und Erfolg hat? Was ist dann? Ist der Haushalt dann noch genehmigungsfähig ohne diese Einnahmen und ohne die zukünftige Gewerbesteuererhöhung?

Wir Grüne hätten das Geld für die grundlegende Sanierung der Ampere Straße und der Neuhofstraße gespart und darauf 2023 verzichtet. Im Ortsbeirat West wurden diese beiden Straßen-Sanierungen auch abgelehnt. Aber weder dem Ortsbeirat noch unseren Anträgen wurde im Ausschuss gefolgt. Daher können wir dem Investitionsprogramm nicht zustimmen.

Deutlich will ich aber auch machen, dass wir Grüne viele Anträge der anderen Fraktionen mittragen. Wie haben auch eigene Anträge eingebracht.

Die Unterstützung für die Vereine sowie das Geburtshaus und das Frauenhaus tragen wir ausdrücklich mit,  
Beim Zuschuss für das Hochstädter Haus und die Auerbahn sind wir sogar Mit Antragsteller.

Wir freuen uns auch, dass das Theater eine LED Beleuchtung und eine PV Anlage bekommt. Dank der Zuschüsse vom Land wurde das möglich.  
Und wir freuen uns, dass einige städtische Immobilien auch PV Anlagen bekommen sollen. Eine überfällige Entscheidung.

### **Zum Stellenplan und den Anträgen der BfB:**

Die Mittel für Stellenanzeigen wollen sie reduzieren und eine Stellenbesetzungssperre von 6 Monaten einführen. Wir erinnern daran, im Oktober 2022 waren 17 Stellen unbesetzt. Es sind kaum noch Leute zu bekommen und wir sind froh, wenn sich jemand bewirbt. Der Fachkräftemangel betrifft auch die Kommune und damit haben wir faktisch schon eine Stellen Nichtbesetzung. Auch ohne ihre Sperre.

Die Koalition experimentiert aus unserer Sicht auch beim Stellenplan.  
Schon 2021 hatten sie in Ihrem Koalitionsvertrag beschlossen, dass die Stelle des weiteren hauptamtlichen Stadtrates gestrichen wird, um Geld einzusparen.  
Sie haben sich aber nicht überlegt, wie die Verwaltung dann ohne die Stelle neu organisiert wird.

Jetzt hat der Stadtrat die Stadt im Oktober verlassen und die Bürgermeisterin sich als Personalverantwortliche überlegen müssen, wie es weitergeht. Sie hat Vorschläge gemacht und die Verwaltung aus ihrer bisherigen Erfahrung und Verantwortung zukunftsgerecht aufstellen wollen. Hierbei ging es nicht allein darum die verlorene Stelle zu kompensieren, sondern grundsätzlich einen Nachholbedarf aufzuholen. Wir haben uns auch mit den neuen Stellen und der Fachbereichsebene am Anfang schwer getan. Durch Gespräche mit der Bürgermeisterin sind wir aber überzeugt, dass dies ein akzeptabler Weg ist, den wir mitgetragen hätten.

Durch die Änderungen der Koalition wird alles wieder auf den Kopf gestellt und die Fachbereichsleiterstellen gestrichen. Ob dem Teamleiter bei seiner Arbeit geholfen ist, wenn er sich jetzt auch noch „Fachbereichsleitung“ nennen darf, wage ich zu bezweifeln. Dass Die KOA den besseren Einblick in die Personalsituation hat, auch.

Geld wollten Sie sparen durch die eine Stellenstreichung. Das waren 120.000,-- Euro. Allein 2 neue Sachbearbeiterstellen mussten sie auch zugeben und die neue Ingenieursstelle beim KMB für 94.000,-- Euro im Jahr 2023 haben Sie gar nicht erwähnt. Da scheint Geld da zu sein. Das zahlt auch die Stadt über den Ausgleich der Kosten an den KMB. Ihr Experiment beim Stellenplan überzeugt uns nicht.

Zu unserem Antrag Mittel für unvorhergesehene Bebauungspläne zu erhöhen, mit dem Ziel mehr Wohnraum zu generieren wird Frau Adam sprechen und zu unserem Antrag Unterstützung der Stadt für das Opern Air 2023 wird Herr Wüstner etwas sagen. Sie haben es erkennen können, wir tragen den Haushalt mit seinen Anlagen, wegen der neuen Zielrichtung durch die Koalition nicht mit.

Zum Ende meiner Rede will ich der Verwaltung für die gute Arbeit danken. Ganz besonders geht der Dank an das Team Finanzen für die Erstellung des Haushalts 2023. Ein Dank auch an alle Teams in der Verwaltung für die schnelle und umfangreiche Beantwortung der Fragen aus den Fraktionen zum Haushalt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit